

Danziger Zeitung.



Nr. 15664.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntags Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Interessenten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Der Branntwein und die eingeborene Bevölkerung unserer Colonien.

II.

Die Größe der Gefahr hat Bahn in seiner mehrfach citirten Schrift außer allen Zweifel gestellt. Es wäre dringend zu wünschen, daß man in den weitesten Kreisen Deutschlands Kenntnis von ihr nähme. Zwar hat sich der übertriebene Colonialenthuziasmus schon erheblich abgekühl, allein es gibt immer noch viele Leute, die von den wirklichen Zuständen keine Kenntnis nehmen wollen. Die Branntweinfrage ist aber für die Anhänger der Colonialpolitik noch weit brennender als für diejenigen, die man Gegner derselben nennt, wiewohl dieselben nur den Ueberseefahrer und Unverstand zugelen und die Ausbeutung derselben im politischen Parteiinteresse verhindern wollen. Wenn der Branntweinhandel seine verheerenden Wirkungen noch lange fortsetzen kann, so ist damit die Discreditung des Colonialwesens am sichersten eingeleitet. Es ist nun ein eigenhümliches Verhängnis, daß zur Verwaltung des westafrikanischen Colonialgebietes gerade diejenigen berufen sind, die zur Zeit den Branntweinhandel betreiben, nämlich die sechs oder acht kaufmännischen Firmen in Hamburg, welche das westafrikanische Syndicat bilden. Mit ihnen verhandelt Herr v. Kusserow, der preußische Gesandte in Hamburg, ohne Zweifel nach der ihm vom Reichskanzler gegebenen Richtschnur.

Der Reichskanzler ist aber bekanntlich geneigt, den Wünschen der Großinteressenten sehr weit Nachdruck zu tragen. Und so haben diese als ersten Sieg die Ablehnung des von den Missionen so dringend befürworteten hohen Einfuhrzolls auf Branntwein und Schießpulver erreicht. In den benachbarten englischen Colonien bestehen solche Zölle, deshalb — in Westafrika glaubt nämlich kein Weißer und kein Neger, daß der Zoll die Waare nicht vertheure — kaufen die Eingeborenen gerade diese Artikel in den deutschen Colonien. Statt dessen ist zur Deckung der Verwaltungskosten ein Ausfuhrzoll eingefügt, wobei es sich eigentlich trifft, daß auch die Hamburger Kaufleute einen Theil ihrer Exporte über die englischen Häfen stattfinden lassen können, wo eben solche Ausfuhrzölle nicht bestehen.

Die Hamburger Handelskammer hatte ursprünglich Einfuhrzölle verlangt und darauf hingewiesen, daß eine Hamburger Firma in Liberia 200 000 Mark, eine andere, nicht die größte, in Lagos 160 000 M. jährlich bezahle. Aber schon in der Unterredung, welche die Hamburger Interessenten in Friedensbrück mit dem Herrn Reichskanzler hatten, war statt des Einfuhrzolls ein Ausfuhrzoll vorgeschlagen. „In einer Unterredung“, so schreibt Bahn, „die Herr Vetter und der Referent mit dem Freiherrn v. Soden in Hamburg hatten, erfuhren wir leider, daß dieser Gedanke des Ausfuhrzolls ihm gefiel und daß man — zur Befähigung des Gewissens so zu sagen — eine Lizenzabgabe für jeden Händler mit Spirituosen plante; von 3000 M. etwa, meinte damals der Gouverneur von Kamerun. Wie ich jetzt höre, ist im Togoland und in Kamerun eine Lizenz für die Händler von 2000 M. von den Beamten festgesetzt. Hoffentlich bleibt das nicht so. Denn offen herausgefragt, ist dieser Plan des Ausfuhrzolls und der Lizenz nichts anderes, als ein Versuch, den Branntwein ungefähr einzuführen. Das Haus, nicht eines der grüßen, welches in Lagos 160 000 Mark an Eingangs zoll bezahlte, hat wahrscheinlich davon wenigstens 80 000 M. für Branntwein gegeben. Das wird sich sehr freuen, im deutschen Schutzgebiet nur 2000 M. zu bezahlen. Diese Erfindung des Ausfuhrzolls und dieser Lizenz ist nur

zum Besten des Branntwein-Handels gemacht.“

Im Anschluß an die Verabredungen des deutsch-englischen Süder-Ausschusses hat der Reichskanzler eine Verordnung erlassen, welche den Verkauf von Spirituosen an die Eingeborenen auf unserm australischen Schutzgebieten bis auf Weiteres verbietet. Damit wurde ein deutsches Schutzgebiet gesichert sein. Von den andern wäre Ostafrika einmal durch den Branntweinhandel nicht beginnenden Muhammedanismus, sodann auch durch das von der ostafrikanischen Gesellschaft erlassene Verbot der Schnapsfeinführung vorläufig geborgen. In Angra Pequena hatte der frühere Besitzer Herr Lüderitz versprochen, nicht mit Branntwein zu handeln, allein da er statt dessen beim Abschluß von Geschäften versichert wird, so ist damit nicht viel gewonnen. In dem eigentlichen Westafrika aber herrschen die geschilderten Zustände ohne unmittelbare Aussicht auf Besserung; so radical wie in Neu-Guinea kann man in den älteren Colonien nicht vorgehen.

Auf die Ergebnisse der Congo-Conferenz blickt Bahn nicht vertrauensvoll. Schon die erste Verabredung, daß die Regierungen „wünschen, daß eine Einigung über die Regelung des Handels mit starken Getränken zu Stande komme“, bietet kaum eine Handhabe; aber im Schlussprotokoll ist auch dieser Wunsch noch weggefallen. Die Missions-Conferenz in Bremen Ende Oktober hat eine sehr dringende Bitte an den Reichskanzler im Sinne der Beschränkung des Schnapshandels gerichtet, deren Wortlaut damals durch alle Blätter ging. Bahn selber formulirt nun noch eine Reihe weiterer Désiderien:

a) Die strafrechtliche Verfolgung des Handels mit gefälschtem Branntwein; Maßregeln im Anschluß an unser Gesetz gegen die Verfälschung von Nahrungsmitteln, meint er, müssen sich ausfinden lassen. Wir fürchten indeß, daß die Kontrolle in den weiten uncivilisierten Gebieten eine so unvollständige sein wird, daß man sich bei der nichts nützenden Bestimmung in eine trügerische Sicherheit einlullen läßt.

b) Die Aufhebung der Exportvergütung für nach den Schutzgebieten bestimmten Branntwein. Von dieser Maßregel halten wir nun volledig gar nichts, denn der ungerechte Spiritus wird mit Ausfuhrvergütung nach Hamburg gefaßt und von hier kann er gehen, wohin er will; selbst wenn mit der Zeit Hamburg unter Kontrolle kommt, werden die Händler Gelegenheit finden, ihre Waare mit Ausfuhrvergütung nach England oder Holland zu schaffen, damit sie von hier nach Afrika verladen werde.

c) Das Verbot an die Colonialbeamten, Branntwein zu verschenken. Ohne Einschränkung zu billigen und leicht ausführbar; es wird auch etwas nützen, aber nicht viel.

d) Die Verweigerung jedes kaiserlichen Schreibes, der nicht die Bedingung enthält, daß Branntweinhandel und „Schenkung“ verboten sei. Dieses sowie auch

e) das gänzliche Verbot, wo es irgend angehen kann, würde selbstverständlich von ernster Wirkung sein.

f) Ein Einfuhrzoll, natürlich nur für den Fall, daß die vorgenannten härteren Bestimmungen nicht erlassen werden.

g) eine Lizenzabgabe für die eingeborenen Kleinhändler. 500 M. jährliche Abgabe wird in der That als ein wirksames Hindernis angesehen werden müssen, daß nicht, wie es geht, jede Regerin, Frau oder Jungfrau, eine Schenke, jede Negerin, Frau oder Jungfrau, eine Schnapsverkäuferin und das Volk ein Hause verlumpter Säufer werde. Endlich empfiehlt Bahn,

h) nach dem Vorgange Englands in Südafrika, die Missionsstationen, also christliche

aus ihren Schlupfwinkeln aufzurückenden Greisen, Weibern und Kindern. Nach keiner Richtung fiel ein Entrinnen in die Ferne möglich, denn aus jeder drohte gleichmäßig das Verderben heran. Gleich einer riesigen Treibjagd war's, die das Menschenwild rundhin umstellt hielt, und ungefähr als Mittelpunkt, wo die heulende, fletschende, blutleidende Meute von allen Seiten gegeneinanderfahren zu müssen schien, rägte der hohe Nicolaikirchturm zu Lüneburg über die Lande. In gleicher Weise aber vor jedem der vier, sich zum Kampf zusammendrängenden Heere „schwärmen“ nach dem Chronikbericht eines Augenzeuge „gleich Geiern, welche die Witterung von Leichen locht, Banden von Zigeunern, die Männer mit zwei langen Röhren bewaffnet, ein lärmender Troß von Weibern und Kindern auf und neben den Packpferden; so brachen sie in Weiler und Dörfer ein, hockten den Raub auf und mordeten, auch wo Widerstand fehlte.“ Das wilde, unheimliche Volk von den Donauupfern brauchte sich nicht mehr vor der bürgerlichen Ordnung, vor dem Galgen und dem Messer zum Abschneiden der Ohren zu fürchten und sein Lager im einsamen Waldversteck aufzusuchen. Als parteilos, von den Kaiserlichen und Königlichen in gleicher Weise benutzt und geduldet, zog es, seine Beute habschend, mit und zwischen beiden einher; seine Zeit und die aller unermüdlich ringsherr zuströmenden Gauner, Waldfischer, Buschflepper, Schnapphähne, Heldenbrüder und Immensehner war in der nordischen Haidewelt gekommen.

Doch sie sowohl, als die plünderten in Roten umherschweifenden Kriegsknechte sahen sich im Ganzen vielfältig enttäuscht und nähten ihre betrüglichen Habgier zu teuflischem Ingomm auf. Es war von keinem Schulmeister bei ihnen für deutsche Erdkunde Sorge getragen worden, sie hatten sich unter den braunschweig-lüneburgischen Fürstenhöfen fruchtbare Gegenden mit reichen Dörfern vorgestellt und fanden oft meilenweite Streifen, auf denen es kaum irgend etwas zu rauben und zu stehlen gab. Tag um Tag dehnten sich aufs Neue Sand, Haide und Wald um manchem mühs

Gemeinden auf ihre Bitte zu bevollmächtigen, in ihrem Gebiete den Verkauf und den Ausschank von Branntwein zu verbieten.

Eines der wirksamsten Hilfsmittel hat er selber zur Anwendung gebracht, nämlich die Verbreitung der Kenntnis des wahren Thatbestandes. Wir hoffen, daß die öffentliche Meinung sich stark genug erweisen wird, um eine Reform in irgend einer Weise zu erzwingen, selbst wenn sie auch den unantastbaren nationalen Branntwein angeht.

Deutschland.

△ Berlin, 26. Jan. Mit der Einbringung von Vorlagen auf dem Gebiete der Kirchenpolitik wird es nicht so schnell Ernst werden, als es noch vor einigen Tagen den Anschein hatte. Sicher ist, daß zwischen dem Vatican und der preußischen Regierung aufs Neue lebhafte Verhandlungen schwelen und zwar besteht man diesseits auf die Beibehaltung des Gymnasialbesuches bzw. der dreijährigen Universitätsstudien für die Ausbildung der katholischen Geistlichen; ein Punkt, in welchem man hier nicht nachgeben will noch kann, während von Rom aus andere Forderungen gestellt werden. Dagegen scheint es, daß man auf beiden Seiten höchstlich der Aufhebung des kirchlichen Reichstags ab. Seitens der Regierung wird alles versucht werden, durch Kirchenpolitische Concessione das Centrum gefügt zu machen. Sollten jedoch, was mehr als wahrscheinlich ist, diese Bemühungen fehlgeschlagen und das Monopol abgelebt werden, so wird der Reichstag sofort aufgelöst werden.“ — Wir glauben kaum, daß diese Gerüchte mehr wahr sind als ihre Vorgängerinnen gleicher Art, trotz der „ausgezeichneten Seite“.

* [Auslösungsgerüchte.] Eine Berliner Zeitungskorrespondent verbreitete folgende ihr natürlich von „ausgezeichneter Seite“ zugehende Notiz: „Von der Annahme der Vorlage betreffend das Branntwein-Monopol hängt das Schicksal des gegenwärtigen Reichstags ab. Seitens der Regierung wird alles versucht werden, durch Kirchenpolitische Concessione das Centrum gefügt zu machen.“

* [Die Nationalliberalen und die Ausweisungsresolution.] Vor einigen Tagen waren die Herren v. Bennigsen und Dr. Miquel in Berlin anwesend, die sich, der „Magdeburg. Blg.“ zufolge, „anscheinend mit der Abschaffung der bekannten national-liberal-conservativen Anträge wegen der Polenfrage mit ihren politischen Freunden verständigten, oder diese Anträge vielmehr veranlaßt haben.“ Das genannte nationalliberale Organ fügt dann hinzu:

Wenn die „Nat.-Lib. Corr.“ denselben eine feindliche Tendenz gegen die Mehrheit des deutschen Reichstages beilegt, so dürfen wir verdrücken, daß diese von recht vielen Nationalliberalen nicht bestätigt ist, sondern nur klar ausgesprochen werden sollte, daß man das nationale Interesse energisch zu wahren entslossen ist.

Allso die nationalliberale „Magd. B.“ desavouirt beänglich der Geistigung ihrer Nationalliberalen das offizielle Parteidorgan, die „Nat.-Lib. Corr.“, das ist auch bezeichnend. Die Resolution scheint der reine Erfolg für die Mittelparteien zu sein.

* [Eisenindustrie und Monopol.] Das Fachblatt „Eisen-Ztg.“ spricht in seiner neuesten Nummer über das Verhältnis der Eisenindustrie zum Spiritusmonopol und kommt zu folgendem Schluß: „An Neuanlagen von Brennereien ist im ersten Jahrzehnt nicht zu denken. Die zahlreichen Maschinenfabriken, welche für Brennereien arbeiten, werden die trübe wirtschaftliche Lage allgemein zugestanden. Da, wenn die Gegner der herrschenden Politik auf die ungünstige Situation vieler Gewerbszweige hinweisen, so wußten gerade die Freunde dieser Politik die Uebel gar nicht schwarz genug zu schildern. Nach den düsteren Schilderungen und unheilvollen Prognosen, mit denen der Abgeordnete Dr. Frege und v. Kardorff die wirtschaftliche Lage Deutschlands ausmalten, blieb in der That die naheliegende Frage unbeantwortet, wie all' diese Uebel sich unter dem vollen Segen der Schutzzölle haben entwickeln können. Noch aufkläriger mußte es sein, daß Keiner dieser Herren mehr zu bebauen wagte, man werde diese Uebel durch neue Zölle und Zollerhöhungen wirksam bekämpfen können. Noch vor einem Jahre wurde von den Agrarier mit dem vollen Brustton der Ueberzeugung behauptet: Die Landwirtschaft ist dem Verderben preisgegeben, wenn die Getreidezölle nicht verbriefacht werden. Heute wird mit dem gleichen Nachdruck erklärt: Die deutsche Landwirtschaft ist ruinirt, wenn nicht schlemmt die internationale Doppelwährung eingeführt wird. Nun hat im Abgeordnetenhaus der Finanzminister v. Scholz den internationalen Bimetallismus als unmöglich bezeichnet und das entchiedene Festhalten des deutschen Reiches an der Goldwährung proclamirt. Die Doppelwährung, welche die Agrarier nachgerade als den einzigen Rettungsanker für die deutsche Landwirtschaft betrachtet haben, ist ihnen somit entrissen, und es bleibt abzuwarten, wo sie in dieser Verlegenheit halt suchen werden. Sollten sie sich nicht vielleicht doch abermals an neue Zollerhöhungen anzuklammern suchen? *

* [Prinz Ludwig von Bayern und das Monopol.]

aus ihren Streifzug heutelos, hinkend und schluchzend Lager zurück. Biefsach verging ihnen Trieb und Lust, sich von der Scholdererbank und den Jagdhund überhaupt noch in die „Hundssappermentische Satanssandtonne“ hineinzuwühlen, um sich mit trockenem Schlund von Staub und Hitze an der Nase herumzuhören zu lassen, und gegen sonstiges Verlangen braunte man ziemlich alsett auf eine baldige entscheidende Feldschlacht statt der vereinzelten Gefechte, um als Sieger oder Unterlieger aus der Schmalhansfläche der nordbraunschweigischen Lande wieder in letztere Quartiere vorzutrommern. Doch offenbar zauberten die obersten Heerführer hier wie dort vor einem rücksichtslosen Schlag und trachteten vorberhand nur nach Verstärkung ihrer Streitmacht und Verbesserung ihrer Stellungen.

So standen mit dem Beginn des August die schwarzen Wetter rund um die Lüneburger Haide emporgereckt und einzig, wo im Westen sich weit sichtbar ihre höchsten Dünen aufzogen, lag die Erde zwischen ihnen noch in der alten friedlichen Stille. Breite und langgestreckte, gefährliche Doppelfriedniederungen schlängeln sich dort im Halbkreis an der ganzen Ostgrenze der Herzogthümer Bremen und Verden entlang und nördlichsten so wohl die von Norden als von Westen und Süden anrückenden Heerhaufen, die überbreit und überschwemmt gehabt. Da habe Gott im Himmel schirmt seine Hand über Osterbeck geöffnet, und so werde er sie auch jetzt wieder beschützen, wenn sie in unbeirrbarem Glauben an seine Allmacht festhielten und sicheres Vertrauen auf ihn setzten, daß er die Unschuldigen und Gerechten nicht zu Schanden werden lasse. Mit fester Überzeugung predigte der Pastor dies seinen Hörern und hielt sie dadurch ab, sich gleich den Bewohnern von tausend andern Dörfern des sächsischen Kreises mit ihrer Habe und ihrem Vieh in die Moore und Wälder hinauszustreichen. Seine Schußvertheidigung und seine ruhige Überblick erfüllten die Bauern mit gläubiger Furchtlosigkeit, ihre gewohnte Lebensführung in Haus und Hof, auf den kargen Acker und Weiden fortzusetzen. Sie dachten nicht daran, daß auch anderswo noch sich Schuldlose und Gerechte finden möchten, deren Dörfer dennoch als wüste Brandstätten jetzt daliagten, die in Not und Tod umstanden und untergegangen, aber sie vernahmen auch kaum, was wenige Meilen von ihnen entfernt geschah. Im Dorf und im Pfarrhaus gingen gleichmäßig wie seit Jahren die Tage weiter, und es hatte sich in letzterem nichts verändert, als ein Weniges in der Erweiterung Hanka Berkenholts. Nicht höher aufgewachsen war sie, aber der Eindruck, den sie erregte, doch anders; der erste Blick besagte, daß sie kein groß emporgeschossenes Kind mehr sei. Sie bot ein Bild gefunder Mächenhaft und Anmut, und der Dasi der ersten Maienzeit umgab sie.

einstimmig angenommen. Damit ist die Genehmigung des ganzen Gesetzes als gesichert anzusehen.

* [Gegen das Monopol] hat sich auch die Handelskammer in Posen erklärt und zwar einstimmig.

* [Der Regent von Braunschweig] Prinz Albrecht hat es verstanden, in der kurzen Zeit seiner Regentschaft die Zunehmung der Braunschweiger vollständig zu erobern. Selbst einzige Wahlen geben zu, wenn nun doch einmal der Herzog von Cumberland von der Regierung ausgeschlossen werden sollte, als Regent kein besserer als der Prinz Albrecht habe gefunden werden können. Die bekannte liebenswürdige Art und Weise, die allen Hohenzollern eigen ist, hat auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Gegenseite treten aber, heißt man der "B. Z." mit, auch gerade in dieser Beziehung im Vergleich zu dem verstorbenen Herzog, der es bekanntlich geradezu vermied, sich irgendwo öffentlich zu zeigen, gar zu aufzufallen, her vor. Hofälle, Weihachtsbelehrungen armer Kinder im Schlosse in Gegenwart der prinzlichen Paare, Fahrten im offenen Wagen und sogar Fußwanderungen durch die Stadt, die Annahme von Einladungen zu Gefangenführungen sind alles Dinge, die die Braunschweiger früher nicht kannten. Man begegnet überall nur dem Ausdruck völliger Zufriedenheit, daß die Dinge sich so gestaltet haben, und wenn der Vorschlag gemacht würde, den Prinzen Albrecht definitiv als Herzog von Braunschweig anzuerennen, so würde, wenngleich aus der Bürgerlichkeit kaum ein ernstlicher Einwand erhoben werden. Die Bildnisse und Büsten des Prinzen und der Prinzessin sieht man in Braunschweig überall, nicht nur in Schaufenstern, Restaurations und anderen öffentlichen Lokalen, sondern auch vielfach in den Privatwohnungen.

* In München weilt gegenwärtig ein Director einer auswärtigen Bank, der mit dem Cabinetssekretär Klug über den Zustand der königlichen Kasse unterhandelt.

* [Brixitz-Prüfungs-Kommission.] Der Umfang der Geschäfte der Justiz-Prüfungs-Kommission gestaltete sich im Jahre 1883 wie folgt: Die Zahl der neuen Prüfungsanträge betrug 818, während im Jahre 1884: 814, im Jahre 1883: 674, im Jahre 1882: 709, im Jahre 1881: 705, im Jahre 1880: 597, im Jahre 1879: 545, im Jahre 1878: 470 Anträge eingingen. Beim Schluß des Jahres 1884 war ein Bestand von 602 Candidaten verblieben, von denen 1 im Jahre 1881, 3 im Jahre 1882, 17 im Jahre 1883, 581 im Jahre 1884 der Prüfungsbehörde überwiesen waren. Die Gesamtzahl der Candidaten belief sich im Jahre 1885 auf 1420. Von den Geprüften haben 109 die Prüfung zu wiederholen. Vor Ablegung der Prüfung sind vormeg zurückgewesen 3, auf eigenen Antrag ausgeschieden 7, gestorben 3, wegen unterlassener Ablieferung der Arbeit von der zu wiederholenden Prüfung ausgeschlossen 1, mindestens verblieben 1406 (gegen 1322 im Vorjahr). Die Prüfung haben bestanden: mit dem Prädikat "gut" 81, mit dem Zeugnis "ausreichend" 541, zusammen 622, nicht bestanden haben 141. Es bleiben als Bestand 643, wovon überwiesen sind: 1 im Jahre 1883, 27 im Jahre 1884, 615 im Jahre 1885.

Austriech-Ungarn.

B. C. Der neue "unpolitische Unterrichtsminister" Gauß v. Frankenthal, in Deutschland durch seinen Ulas, der alle im preußisch-deutschen Geiste gehaltenen Schul- und Lehrbücher in "unauffälliger Weise" befehligen heißt, entpuppt sich doch immer mehr und mehr als ein eher dem Slaventhum geneigter Mann. Herr v. Gauß ist zwar deutschböhmischer Abstammung, allein er ist in erster Reihe Bürokrat und wird die Tschechischen Sitzel nicht führen. Besorgnis erregt es, daß einige tschechische Organe seit der Revolutionszeit des Herrn v. Gauß nach Prag einen auffallend fremdländischen Ton anschlagen, oder soll dies von tschechischer Seite bloß eine captatio benevolentiae sein?

Dr. Eduard Greger, der heilsame Führer der Jungtschechen, der die Deutschen als Anarchisten und Petroleurs zu bezeichnen pflegt, ist zur Unzehr des deutschen Namens sei es gefragt, selbst Deutscher böhmisches Abstammung! Er ist in Stadt Steyr in Oberösterreich geboren und im Taufbuche der Stadt Steyr als per matrimonium subsequens legitimus eingetragen. Ercheinungen wie die Gregers wären bei anderen Nationen wohl schwer denkbar!

Frankreich.

Paris, 25. Januar. In einer heute stattgehabten Versammlung der conservativen Union wurde die Frage wegen der Aufrechterhaltung dieser Union bejaht und gleichzeitig beschlossen, für eine Amnestie im weitesten Umfange zu stimmen. Die royalistische Rechte, welche ebenfalls eine Versammlung abhielt, schloß sich den Beschlüssen der conservativen Union an. In einer Plenarversammlung der Rechten sollen weitere Beschlüsse bezüglich der Amnestiefrage gefasst werden. Ein Telegramm des Gouverneurs der Gebiete am Senegal meldet, daß die Truppenabteilung des Generals Frey die Truppen des falschen

Propheten Samary vollkommen geschlagen und gegen den Niger zurückgeworfen hat. (W. T.)

England.

London, 26. Januar. Unterhaus. Unterstaatssekretär Bourke erwiderete gestern auf eine Anfrage, die Weigerung der ägyptischen Regierung, der Suezcanal-Gesellschaft die Erweiterung des Kanals zu gestatten, sei den Kronjuisten unterbreitet worden. Das Haus setzte hierauf die Adressdebatte fort.

Heute wurde ein die Verbesserung der Lage von landwirtschaftlichen Pächtern befürwortendes Amendment Barclay's mit 211 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Parlamentarier und Chamberlain stimmten mit der Minorität, Lord Hartington und Goschen mit der Majorität.

Oberhaus. Lord Salisbury erklärte, er müsse die Aufhebung des Postens des Vicekönigs von Irland beanstanden, dieselbe sei augenblicklich nicht zeitgemäß; er hoffe, in einem oder zwei Tagen über die Politik betreffs Irlands Mittheilung machen zu können. (W.T.)

Spanien.

* Nach einer Mittheilung der "Times" aus Madrid constatirn die Blätter, daß Borilla sich nach London begeben habe, nachdem seine Versuche, eine Revolte hervorzurufen, mißglückt sind. Die französische Regierung würde sich geweigt, ihm den Aufenthalt in Frankreich zu gestatten. Auch soll der Kassier der zöllistischen Partei durchgebrannt sein.

Belgien.

Brüssel, 25. Jan. Das Ministerium hat der "Boss. Btg." aufgefordert Professor Algave um Mittheilung seines Alpholomonopol-Systems erucht.

Der Africireisende Braxza ist hier angekommen und wird vom Könige morgen empfangen, um über seine Erfahrungen am Congo zu berichten.

Griechenland.

* Der "Frank. Btg." wird aus London telegraphiert: Die Antwortnote Griechenlands weist Englands Einmischung als gegen den diplomatischen Brauch verstörend zurück und erklärt, Bulgarien habe unter Englands Regie den Berliner Vertrag verletzt. Griechenland halte jedes Mittel, selbst den Gebrauch der Waffen für gerechtfertigt, um die Concessions zu erhalten, welche der Berliner Vertrag ihm gewährte. Griechenland halte seine Ansprüche auf Thessalien und Epirus aufrecht. Es sei vorbereitet, bei dem ersten Anlaß zu Felde zu ziehen, und vertraue auf seinen Erfolg. Das erste Vorrücken türkischer Truppen werde das Signal einer Revolution in Albanien und Mazedonien sein und Europa werde nicht lassen zusehen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Januar. Im Reichstag, dessen Bänke im Gegensatz zu den Tribünen schwach besetzt waren, kam heute der Marine-Etat zur zweiten Besprechung. Abg. Krüper (Volksp.) fragte, wie es mit der Verjüngung der hinterbliebenen der Mannschaften der "Augusta" stehe, worauf der Chef der Admiralität v. Caprivi erwiderte, außer den Mitteln aus der Privatwohltätigkeit komme den Relieken die Wohlthat des Militärpensionsgesetzes zu Gute; eine weitere Unterstützung aus Staatsmitteln sei daher überflüssig.

Abg. Windthorst benennt die Geringfügigkeit der Abfälle in der Commission.

Hierzu schloß sich ein sehr eingehender Bericht des Referenten Abg. Ritter. Derselbe stellt dem Abg. Windthorst gegenüber fest, daß Militärpersonal nicht über den Flottengründungsplatz hinweg bewilligt sei, daß für Judenstellen 600 000 Mt. weniger, als tatsächlich im laufenden Jahre ausgegeben, beansprucht seien und daß bezüglich des Ordinariums von keiner Seite weitergehende Abstriche beantragt sind; er constatiert ferner, daß im Extraordinarium von den Freunden des Abg. Windthorst nur beantragt worden sei, die erste Rate für einen Kreuzer mit 600 000 Mt. mehr abzulehnen, daß aber dieser Kreuzer als Ersatz für "Cyclop" und "Nautius" im Rahmen der Deckschrift von 1884 liege und mit der Kolonialpolitik nichts zu thun habe, sowie daß die Kosten aus der Anleihe bestritten werden. Die Verschiebung auf ein Jahr hätte keinen Vorteil gebracht. Die Behauptung Windthorsts sei ganz unrichtig und entspreche den Vorgängen in der Commission zweifellos.

Abg. Möller (freil.) beantragt Aussetzung der Vermehrung der Matrosenartillerie, bis eine Plenarversammlung der Rechten sollen weitere Beschlüsse bezüglich der Amnestiefrage gefasst werden. Chef der Admiralität v. Caprivi beweist die Notwendigkeit, die Küstenverteidigung in der Hand der Admiralität zu lassen, und bezweifelt, ob die

Webe Kunst und der Smyrnaarbeit gar nichts weiß, wird die einleitenden Ausführungen mit gewissen künstlerischen Genüsse lefern und Belehrung aus ihnen empfangen. Frieda Lipperheide hat uns ja an das Beste gewöhnt durch die Vorgänger dieser Musterbücher, in denen Mustertafel auf Leinen und verwandte Spezialitäten erschöpfend dargestellt wurden. Sie ist zugleich forschend, technisch lehrend, künstlerisch vorgegangen. Die geniale Frau hatte dazu in den Thälern der italienischen Abruzzen, in den düsternen Dänen Spaniens, unter den interessanten Volkskunst-Halbsachen wie in den stillen skandinavischen Landschaften tiefig geforscht und die reichen Schätze, die sie gefunden, mit bewundernswertem Darstellungskunst der Weltweit geboten.

Nun schreitet sie weiter vor, behandelt in der neuen Folge zunächst die "Webe-Arbeit mit Handapparat", die jalonfähige also, die ihren Platz auf dem Arbeitsatlas unserer Damen sucht. Das Weben, sagt Frieda Lipperheide, gehört zu den ältesten Beschäftigungen der weiblichen Hand bei allen Völkern. Unsere moderne Großindustrie schafft schnell und massenhaft Gewebe mit Hilfe der Maschinen, die den Webefuß in Bewegung setzen. Aber die Weberei der fleischigen und geübten Frauenhand hat ihre besonderen Reize und Vorzüge, sie zeichnet eine individuelle Eigenart aus, die sich künstlerisch ausbilden läßt. Mit Hilfe eines kleinen Handapparates wird neuerdings das Weben wieder den weiblichen Handarbeiten eingefügt und zwar so leicht wie Häkeln oder Stricken; es nimmt außerdem die Augen weit weniger in Anspruch als diese beiden Techniken. Die Kunst läßt sich für die verschiedensten Gegenstände praktisch verwerthen, zu Shawls, Decken, Teppichen u. s. w. Man sieht sogar Gegenstände mittels der Webekunst her, die nicht nur aus Streifen bestehen. Der kleine Handapparat reicht sogar aus, um Teppiche zu weben und ist geeignet, mit geringer Mühe Franzen jeder Art herzustellen.

Dann gehen die Erläuterungen auf praktische über; das Werkzeug, die verschiedenen Apparate, Webekamm, Schäfte, Häkchen u. s. werden durch Text und Abbildungen genau erklärt, man sieht die

Militärverwaltung den Vorschlag des Abg. Möller billigen werde.

Abg. Richter (nat.-lib.) hebt gegenüber dem Abg. Kalle die Notwendigkeit hervor, die Colonialpolitik in engen Grenzen zu halten, damit die Marine nicht beständig zum Schutz der Colonien in überseeischen Gewässern weisen müsse.

Abg. Möller deutet seinen Antrag auf die übrigen betreffenden Kapitel des Etats aus und erachtet darum, auch diese von der Beschlusssatzung für heute auszuschließen.

Abg. Richter widerspricht dem Abg. Kalle, welcher verlangt, wir sollen alles an Colonien behalten, was wir haben. Das sei noch kanzlerischer als der Kanzler, der die Carolininseln und das Gebiet am Dubrika aufgegeben hat, weil er ein sieht, daß sich der Streit darum nicht verlohn. Auch Herr Hammacher würde sein Angra Pequena abgeben, wenn er's loswerden könnte.

Chef der Admiralität v. Caprivi rechtfertigt das Plus des Ordinariums gegenüber den Anschlägen des Flottengründungsplans mit den jetzt höheren Preisen für Arbeitskräfte und Material.

Die Positionen werden darauf bewilligt. Bei dem Kapitel Werftbetrieb bringt Ritter die Arbeiterentlassungen zur Sprache und teilt die diesbezüglichen Verhandlungen in der Commission mit. Abg. Liebnecht (Social.) beschwert sich darüber, daß die Werftverwaltung Arbeiter über 40 Jahren oder solche sozialdemokratische Gesinnung nicht annehme, daß die Entlassung in jähroffter Form geschehe und die Behandlung oft ehrenrührig sei. Redner verliest eine Reihe von Briefen darüber.

Herr v. Caprivi hält Liebnechts Klagen nicht für bedeutsame Gravamina. Das viele alte Werftarbeiter vorhanden seien, zeige Danzigs Werft. Dort beträgt die Zahl der Arbeiter unter 40 Jahren 52,1 Proc., 40–50 Jahre 23,6 Proc., 50–60 Jahre 6,2 Proc., 60–70 Jahre 7,7 Proc. und über 70 Jahre 0,7 Proc.; da könne man von allzu-

großen Härten wohl nicht sprechen.

Aus der folgenden Debatte ist noch hervorzuheben, daß der Abg. Windthorst gegenüber dem Abg. Ritter, der die Bewilligung des geforderten Kreuzes zur Completierung des Marinebestandes für nötig erklärt, sich dahin ausspricht, daß er und das Centrum gegen die Bewilligung sei, weil der Kreuzer zu Colonialzwecken verwendet werden sollte. Die Position wurde gegen die Stimmen des Centrums bewilligt. Bei der Abstimmung über den Aviso durch Hammelsprung zeigt sich, daß das Haus nicht beschlußfähig war. Die Sitzung wurde daher geschlossen. Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt. Auf ihre Tagesordnung wurde der Etat der Reichskanzlei, des Reichsamts des Innern, der Marine und des Pensions- und Invalidenfonds gestellt.

Berlin, 26. Januar. Das Abgeordnetenhaus berieb hieute den Etat der Domänenverwaltung, wobei die Lage der Landwirtschaft mehrfach zur Sprache kam. Während Abg. Minnigerode (cous.) den Standpunkt der Großgrundbesitzer vertrat, welche sich in Noth- und Schmerzensgeldsache über ihre Lage ergehen, wies Abg. Diriglet (frei.) nach, daß jene kein Recht hätten, sich gleichsam als Landarmer des Staates hinzustellen.

Minister Lucius erkennt an, daß die mit der Zuckerindustrie in Verbindung stehende Landwirtschaft in blühendem Zustande sei, nur die Domänen nicht.

Nachdem Abg. Seer in das Klagesied der Großgrundbesitzer eingestimmt und Abg. v. Below-Salek als das wahre Heilmittel u. a. den Bimetallismus und Wollzoll gepriesen, widerlegt Abg. Diriglet abermals die Behauptungen der Agrarier, indem er dabei u. A. die Verderblichkeit der Verstärkung des Versicherungswesens darstellt. Die Debatte hierüber wurde darauf geschlossen. Der Etat der Forstverwaltung, bei welchem die Abg. Wisselmann, Bork, Schmidt-Stettin und Minnigerode für Gehaltsanhebungen der Beamten eintraten, wurde ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt, wo der Antrag der Freisinnigen auf Einführung der geheimen Abstimmung bei den Landtagswahlen zur Verathung kommt.

Berlin, 26. Januar. Der Kaiser hat heute lange mit dem Fürsten Bismarck konferiert.

Die "Kreiszeitung" glaubt, daß der commissarisch das Oberbürgermeisteramt in Polen verwaltende Landrat Müller-Marienwerder demnächst zum Oberbürgermeister an Stelle des bekanntlich nicht bestätigten Herre gewählt werden wird.

Unser □-Correspondent telegraphiert: Das Gerücht von der bevorstehenden Auflösung des Reichstages im Falle der Ablehnung des Monopols ist gänzlich unbegründet.

Das Centrum hat im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, über den Antrag der Con-

servativen, Freiconservativen und Nationalliberalen in der Polenfrage zur Tagesordnung überzugehen, da man die Maßregeln der Regierung noch nicht kenne und für unbekannte Maßregeln nicht bestimmte Mittel bewilligen könne.

— Die "Kreiszeitung" bezeichnet das Gerücht von einer beabsichtigten Änderung der Spindal-Befreiung durch die protestantische hochkirchliche Partei für unbegründet.

Berlin, 26. Jan. Bei der heutigen Ziehung der preußischen Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn zu 15 000 Mt. auf Nr. 63 811.
2 Gewinn zu 6000 Mt. auf Nr. 57 231 93 350.
41 Gewinn zu 3000 Mt. auf Nr. 2569 12 120
12 766 14 197 18 395 18 845 18 961 19 312 19 415
19 698 22 474 26 595 30 154 31 128 31 768 38 969
43 037 45 652 47 613 55 062 55 653 55 939 56 200
60 011 65 613 67 646 68 825 71 534 73 538 73 639
75 713 77 557 77 654 77 871 78 118 78 392 81 272
83 362 85 023 88 039 93 150.

33 Gewinn zu 1500 Mt. auf Nr. 121 6953
18 460 19 547 24 811 25 582 27 644 31 544 32 402
35 045 39 170 40 472 45 189 45 386 54 814 59 371
59 882 60 548 68 002 73 240 73 819 76 511 78 630
78 716 79 257 83 373 85 037 85 373 86 066 86 423

Klausenburg, 26. Januar. Der Maros ist aus den Ufern getreten. In Radna sind nahezu 90, in Lippa 200 Häuser überwunden. Mehrere Tote finden unter Wasser; in Lippa starben etwa 50 Gebäude ein. Eisstauungen in den Gassen bedrohen die Stadt mit weiteren Katastrophen. Die Rettungsarbeiten sind schwierig. Da sich die Einwohner weigern ihre Wohnungen zu verlassen, erfolgen Delagierungen teilweise durch Gendarmerie.

Paris, 26. Januar. Die äußerste Linie der Deputiertenkammer beschloß, dem Cabinet Freycinet bezüglich Rocheforts Amnestieantrag entgegenzutreten, gestern nach einer eindringlichen Rede Clemenceau mit allen gegen 5 Stimmen, darunter Rochefort, bloß für politische Verbrecher Amnestie zu verlangen.

London, 26. Januar. Die Regierung bringt, wie der "Boss. Btg." gemeldet wird, sofort Vorschläge ein, um den scandalösen Zuständen in Island ein Ende zu machen, darunter eine teilweise Erneuerung des Zwangsgeleis und Proklamierung der Nationalliga als ungefährliche Vereinigung, aber auch die Gründung von Bodencreditbanken ist geplant. Werden diese Vorschläge verworfen, was wahrscheinlich ist, so tritt das Cabinet Salisbury zurück. Gladstone ist nach der "Daily News" zur Neubildung des Ministeriums bereit. Er ist der Unterstützer der Parnellisten sicher.

Konstantinopel, 26. Januar. (W.T.) Ein Rundschreiben der Pforte an ihre Vertreter bei den Mächten erklärt bezüglich der Herbeiführung der Abrüstung Griechenlands gethanen Schritte, so sehr die Pforte Geduld und Friedensliebe beweisen, so geboten ihr die Wahrung ihrer Rechte und die Sorge für ihre Interessen, bei dem geringsten Anlaß die Herausforderung Griechenlands anzunehmen. Die Pforte macht Griechenland für die Folgen davon, sowie für den schweren Nachteil der Haltung der Griechen für die Türkei verantwortlich, welcher Nachteil eine Compensation erheische.

Athen, 26. Januar. Auf ein Telegramm des Chefs der Stadiverwaltung an Gladstone, in welchem die Hoffnung ausgesprochen wird, Griechenland werde sich späteren Verträgen gegenüberstand, erwiderte Gladstone: Telegraphisch, so hoffe lebhaft, Griechenland werde sich bedenken, bevor es sich in Conflict mit den wohlerwogenen Nachbäligen

Sowohl das Schreiben des Geh. Civilcabinets wie auch der allerhöchste Erlass wurden vom Vorsitzenden der Verfassung verlesen.

Wie bekannt, haben zur Begründung der von der Stadt Danzig gegen das Weichsel-Nogat-Regulirungsprojekt erhobenen Bedenken, welche namentlich die Gefährdung Danzigs durch Überwehrungen und die Erschwerungen des Handelsverkehrs betreffen, auf Einladung des Magistrats und der Kaufmannschaft die Herren Prof. Schlichting, Baurath Martini und Werner ein ausführliches Gutachten abgegeben. Dasselbe ist nunmehr im Druck erschienen und das Vorsteheramt der Kaufmannschaft übersendet der Verfassung 12 Exemplare, welche bei deren Mitgliedern circulieren sollen.

Die wichtigste, heute die Verfassung beschäftigende Vorlage ist das Project zur Wiederherstellung der Giebelarchitektur des Grünen Thores. Der wesentliche Inhalt dieser Vorlage ist unten Leftern aus der am Sonnabend darüber gemachten Mittheilung bekannt. Den treibenden Grund zur Aufnahme dieses Projects bildete die Raumbedürftigkeit für die in den Gaullotäten des Grünen Thores untergebrachten Sammlungen des westl. Provinzial-Museums. Diese Voraussetzungen sind im Jahre 1879 der Provinz auf 10 Jahre für die Museumszwecke überlassen worden, weil die Errichtung und Entwicklung des Museums ebenso sehr im Interesse der Stadt wie der Provinz liegt. Sie reichen bei der erfreulich raschen Vermehrung jener Sammlungen nicht mehr aus und da die Provinz vorläufig noch nicht in der Lage ist, ein eigenes Museumsgebäude zu errichten, so hat die vom Provinzial-Landtag eingesetzte Central-Commission die weitere Gewährung des Lokals bis 1899 beantragt und sich erboten, aus ihren Fonds 20 000 M. zu den Kosten des Aufbaues einer Dachetage nach dem inzwischen ausgearbeiteten Entwurf ihres Project beizutragen. Da der Antrag für diesen Bau auf 40 000 M. abschließt, würden aus städtischen Mitteln noch 20 000 M. zu bestreiten sein. Referat für derartige außerordentliche Zwecke sind die von der Sparfasse für das nach Abriss der Böhm-Nötsch'schen Gebäude verbliebene Bauterrain gezahlten 15 000 M. und die aus dem Abriss jener Gebäude erzielten 4700 M. zusammen also 19 700 M. Der Magistrat beantragt nun: 1) ihn zur Annahme der erwähnten Offerte der Provinzial-Central-Commission zu ermächtigen, 2) das vorliegende Bauprojekt des Herrn Baurath Lüdt zu genehmigen und 3) zur Ausführung derselben die obigen 19 700 M. ihm zur Verfügung zu stellen. Zeichnungen und Kostenanschläge, nach welchen die Fassade zu beiden Seiten mit drei gleichen Giebeln nach dem Muster der aus dem 15. und 16. Jahrhundert stammenden Spitzgiebel unserer Stadt verzieren werden soll, sowie Abbildungen des Grünen Thores aus früheren Zeitperioden begleiten die Vorlage und sind zur Ansicht für die Mitglieder der Verfassung ausgelegt.

Über diese Vorlage entsteht eine ca. einstündige Debatte. Gegen dieselbe spricht zunächst Dr. Dr. Koch. Wenn man sich die Vorlage nur oberflächlich ansieht, erscheint sie sehr harmlos. Das Geld sei vorhanden, über die nur noch fehlenden 300 M. komme man leicht hinweg. Auch erkenne er die Voraussetzung des vorliegenden Projects und dessen würdigen Zweck, dem Grünen Thore wieder eine harmonische Architektur zu geben, vollständig an. Bei genauerer, kritischer Betrachtung sei die Vorlage aber doch sehr bedenklich. Es hande sich um einen Luxusbau und einen solchen auszuführen halte er die Zeit nicht für geeignet. Des Pudels Kern sei die Beschaffung von Räumen für die Sammlungen des Provinzial-Museums, die schönen Giebel seien nur Zugeabe. Eine Verpflichtung für die Stadt, dem Provinzialmuseum noch weitere Räume zu beschaffen, existiere nicht, es könnte auch ohne diesen Bau anderweitig Rath geschafft werden. Die Finanzlage der Stadt und die Erwerbsverhältnisse seien jetzt nicht dazu angehalten, Luxusbauten auszuführen und solche Opfer für die Centralisation der wissenschaftlichen Bemühungen zu bringen. Man müsse sich für jetzt darauf bekräften, an decentralisierten und auf bessere Seiten zu warten, wo die Geldmittel leichter fließen. Auf die bereits liegenden 19 700 M. warten andere dringender Befürchtungen, wie die Beschaffung einer Dampfspritze, welche, wie Redner in der "Königsberger Hartungschen Zeitung" gesehen, jetzt komplett mit aller Ausstattung bereit für 14 000 M. zu haben sei. Auch das Bedürfnis nach einem Schlachthaus werde immer dringender; der Lazarettbau sei noch nicht beendet und mindestens werde derzeit keine nicht unerhebliche Erhöhung des laufenden Etats bringen. Endlich erinnert Redner an die von ihm früher beantragte Einrichtung einer provisorischen Station für Geiselschänke aus höheren Ständen. Wenn sich ein reicher Mann finde, welcher aus fröhlicher Veranlassung oder im Wege des Legats der Stadt das Geld zu diesem Bau schenken wolle, dann würde er mit Freuden zustimmen und den Mann hochstellen und ehren, aber aus städtischen Mitteln könne er jetzt das Geld nicht bewilligen; er müsse zu der Vorlage „non liquet“ sagen.

Dr. Voelkel betont seinen entgegengesetzten Standpunkt. Historisch sei es, daß das Provinzialmuseum an einem großen Raummangel leide und verkümmern müsse, wenn nicht mehr Platz geschaffen werde. Die Stadt habe die Ehrenaufgabe übernommen, der Provinz bei ihren hoch anerkennenswerten Bemühungen zur Förderung von Wissenschaft und Kunst durch die hiesigen Einrichtungen entgegen zu kommen. Hier handle es sich ja nur um ein Entgegenkommen in bescheidendem Maße. Die Provinz habe aus der Vergangenheit noch so viele Aufgaben übernommen, daß sie wahrscheinlich in diesem Jahrhundert nicht mehr werde daran denken können, einen Museumsbau in Aussicht zu nehmen. Redner bestreitet, daß es sich bei dieser Vorlage um einen Luxusbau handle. Es gelte, ein krasses Bedürfnis zu befriedigen. Dazu kommt allerdings noch das ästhetische Moment in Betracht. Es sei eine durchaus würdige Aufgabe für die Commune, eine Sünde früherer Zeiten, welche schon viele in schmälerlich berührt habe, wieder gut zu machen. Die Vorlage habe ihn daher sehr sympathisch berührt und er werde mit Freuden für dieselbe stimmen, glaube auch, sein Votum vor der Bürgerchaft mit gutem Gewissen verantworten zu können.

Für die Vorlage sprach ferner kurz Herr Hybenthal. Für ihn sei namentlich mitbekannt, daß der jetzige Dachstuhl des Grünen Thores in defekt sei, daß eine größere Reparatur unabwendbar erscheine. Selbst ohne jede Aenderung der Fassade werde die selbe 10 000 bis 15 000 M. kosten. Da sei es doch viel empfehlenswerther, die 20 000 M. aufzuhauen für einen so schönen Bau, der die bisherige grobe Verunstaltung des Thores beseitige, der Stadt eine neue, würdige Zierde bringe und der auch von diesem Redner geschilderten tristen Raumnot des Museums, welche dessen Ausnutzung sehr beschränke, ein Ende mache.

Hierauf nimmt zu einer eingehenden Darlegung das Wort Herr Oberbürgermeister v. Winter, der sich ungefähr wie folgt äußert: Wenn die Vorlage des Magistrats auch nur vereinzelten Widerdruck erfahren hat, so werden Sie voraussichtlich doch erwarten, daß ich diesem Widerdruck gegenüber für dieselbe eintrete. Ich bedaure es, daß gerade ein so gelehrter und wissenschaftlich gebildeter Mann, wie Herr Dr. Koch, dem Magistratsvortrag entgegengetreten ist und das er für dessen Ablehnung Motive geliefert gemacht hat, denen ich auch in einer hiesigen Zeitung begegnet bin, indem er die Auffassung vertrat, daß vorerst dringender Aufgaben zu erfüllen seien, ehe man an diesen Bau herangehen dürfe. Er bezeichnete abweichend von den Zeitungsartikeln als solche Aufgaben vornehmlich die Befestigung einer Dampfspritze und den Bau eines Schlachthauses. Es ist jetzt nicht an der Zeit, diese Fragen zu erörtern, ich will daher nur kurz erwähnen, daß in den 22 Jahren meiner Amtsverwaltung ein Schaden aus dem Nichtvorhandensein einer Dampfspritze nicht entstanden ist, sowie daß sich dem Bau eines Schlachthauses seitens der Commune große und sehr bedenkliche Schwierigkeiten entgegengestellt, das nach erfolgter Canalisation der Stadt mir diese Belastung der Gemeinde nicht besonders dringlich erscheint und daß, wenn die städtischen Behörden sich dazu entschließen sollten, so große Geldsummen in Anspruch genommen werden müßten, daß die jetzt in Hede stehenden 20 000 M. dabei gar keine Rolle spielen würden. (Zustimmungsruf aus der Verfassung.)

Unsere Tagesordnung ist heute nicht sehr umfangreich und so glaube ich es mir gestatten zu dürfen, zur Begründung der Magistratsvorlage etwas weiter auszuholen und sie von meinem allgemeinen Standpunkte aus zu beleuchten. — Unsere Stadt hat in den letzten Decenien durchgreifende Umwandlungen erfahren und manche architektonische Schönheit hat den Rücken auf die Gefahrenstufe und den Verkehr weichen müssen. Es ist dies in hohem Maße zu beklagen, aber noch betrübender ist es, daß architektonische Schönheiten auch zerstört sind, wo jene Rücksichten dies nicht notwendig machen. Wie sehr ich mich auch persönlich dagegen gestemmt, es hat sehr lange gedauert, bis ich auch hierauf eingriffen geworden. Ich hatte mit Traditionen zu kämpfen, die aus der traumtischen Periode der Geschichte Danzigs, dem Anfang des Jahrhunderts datieren, in der aller Kunstform erloschen, alle Freude an den architektonischen Schönheiten früherer Jahrhunderte verloren gegangen war. Der städtischen Verwaltung selbst ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie Anfang vielleicht nochmehr die Leistungsfähigkeit der Stadt verschwendet hat, als sie an die Leistungsfähigkeit unserer Bau- und Kunsthändler verlor. Durch die niedrigen Aufsprüche, die sie an die Leistungsfähigkeit unserer Bau- und Kunsthändler verlor, führte sie auch diese einer geistigen Verlummung zu. Aber ich will zu ihrer Einschätzung anführen, daß muß zu ihrer Einschätzung anführen, daß die königlichen Behörden in gleicher Weise rücksichtsvoll gegen die architektonische Schönheit der Stadt vertreten waren, ja zu deren Vernichtung den Lustos geboten; ich glaube zur Begründung dieser Behauptung nur an das häusliche Gebäude zu erinnern, in welchem die königliche Reitergarde ihren Amtssitz auftrug, und daran, daß das Postgebäude in der Langgasse das erste Gebäude dieser hochinteressanten Straße war, bei dessen Aufführung die alte Giebel-Architektur vernichtet wurde, um einer erbaulichlosen nüchternen Fassade zu weichen, welche die ganze Langgasse verunstalte. Leider folgten nur zu viele Privathausbesitzer diesem Vorgange, statt zu den schönen Giebelhäusern fog. „Berliner Häuser“ zu errichten und unzureichend, ehe Stadt war in Gefahr, eine reislose Stadt ohne stützbare Dächer zu werden und ihre schönsten Schnüre ihrer deutschen Spitzenhäuser mit den übrigen, geschwungenen so malerischen Giebeln — verlustig zu geben und damit das eigenartige Gepräge zu verlieren, das unsern ehrwürdigen Kaiser bei seinem Besuch unserer Stadt zu dem Ausbruch veranlaßte. „Danzig ist doch die schönste unter meinen Städten“. Und ebenso dachte auch sein künftiger Kaiser auf dem Thron, der sein warmes Interesse für die Architektur unserer Stadt dadurch bestätigte, daß er den Abriss des Franziskanerklosters verbot, daß er ihn als Kronprinz dafür Sorge trug, unserem Gymnasium eine von Schinkel entworfen edle Ausgestaltung zu geben, und daß er, als er mit seiner erhaltenen Gemahlin den Gründstein an dieser Bildungsstätte legte und die Versammlung des Grünen Thores wahrnahm, betrachtet ausprach: „Der Abriss der Giebel des grünen Thores ist mir ein Stich in das Herz, den ich lange nicht verwinden werde.“

Nun, m. H., in allen diesen Dingen ist eine entschiedene Wendung zum Besseren eingetreten. Die städtische Verwaltung hat unter Ihrer Zustimmung den Anfang damit gemacht; sie hat unter der generalen Leitung unseres Baurathes das Rathaus in seiner ursprünglichen künstlerischen Schönheit wieder hergestellt, sie hat die zur Verunstaltung der Stadt gereichende Ruine des Franziskanerklosters in der alten Pracht und Herrlichkeit wieder hergestellt und sie hat bei ihrem Schul- und sonstigen Bauten ästhetische Rücksichten so weit vorwählen lassen, als dies ohne zu großer Spannungnahme den Finanzkräfte gelegen konnte. Fruchtbare Anregungen sind daraus zum Nutzen des Gemeinwesens entstanden und in unbekümmert ist es, daß Bau- und Kunstmaler, die wiedergekehrt sind, Architekten und Kunstmaler freuen sich den ihnen given, ihrer Arbeit würdigigen Aufgabe und haben hier durch Entwicklung beinahe wie durch Riedertlung fremder Kräfte beachtungswerte Repräsentanten gefunden, denen ich vorher wünsche, daß der Lohn ihrer Arbeit ihnen nicht fehlen möge. Aber auch die Staats- und Reichsbehörden haben, wie ich mit Dank anerkenne, die Fehler der Vergangenheit weit zu machen gewußt. Das neue monumentale und großartige Diesterwitzgebäude bietet den königlichen Verwaltungsbüroden eine würdige Arbeitsstätte; man zieht zu ihr hinzu durch das nun auch in seiner städtischen Front künstlerisch ausgestaltete Hohe Thor; für die Restauration des Zeughauses sind erhebliche Mittel auf den Etat gebracht. Zu ganz besonderem Dank aber sind wir, und ich speziell, dem hochverdienten und genialen Leiter des Reichspostamtes, Herrn Dr. Stephan, verpflichtet, nicht nur dafür, daß er für seine hiesigen Behörden, die Oberpostdirektion und die Post, neue staatliche und unserer Stadt zur Zierde gereichende Bauten geschaffen hat, sondern noch mehr dafür, daß er dem Postgebäude in der Langgasse die schwerzählig gestattete Giebel wieder gegeben hat. Er hat damit die Perspective der ganzen Langgasse in der erfreulichsten Weise ihrer ursprünglichen Schönheit wieder gehabt und die Häuslichkeit in derselben zur Nachfolge kräftig angeregt. Ich hoffe mit Zuversicht darauf, daß er diesen Gewinn der Stadt bei dem bevorstehenden Erweiterungsbau nicht entziehen wird.

Endlich muß ich der Provinz erwähnen, obschon diese keine Vergangenheit und daher nichts aus derselben zu machen hat. Sie hat sich in unsern Männern ein so städtisches und künstlerisch schönes Heim gegründet, daß jeder, der es betrachtet, mit Bewunderung und Anerkennung esfaßt wird. Wie sehr diese von unsern Bürgern getreut wird, beweist die Thatfrage, daß der Meister, welcher sich in dem Landeshause ein Denkmal gesetzt und den alten Danziger Bausatz nicht lediglich zu copieren, sondern fortzubilden verstanden hat, die Errichtung zweier weiteren monumentalen Gebäude übertragen ist, von denen eines sich gegenüber dem Grünen Thor an der Motte erhebt. Die dem letzteren gegenüberwöhnenden Häuserbesitzer haben zu meiner Freude — und ich danke Ihnen dafür — ihren Neubau und Umbau eine Gestalt zu geben sich heilt, die sich in den Bausatz der Stadt einfügt und ihre Häuser nicht zu sehr vor der voraussichtlichen Pracht des künftigen Bausatzes zurücktreten läßt. Wie würd' das Grüne Thor erdrückt werden, wenn es in seiner jetzigen Verstümmelung verbleibt, wie würde es wesentlich die in der Entwicklung begriffene Schönheit dieser Stadtgegend beeinträchtigen? Ist da nicht der Wunsch gerechtfertigt, daß dem durch Wiedererrichtung der Giebelarchitektur vorgebeugt wird? Gewiß! Aber die Erfüllung dieses Wunsches mußte so lange aufgezögert werden, bis sie ohne Beanspruchung der Steuerfahrt der Mitbürger erfolgen konnte. Und dies ist jetzt der Fall.

Es gereicht der jungen Provinz zum Ruhm, daß sie von vorn herein sich auch die systematische Förderung der geistigen Interessen zur Aufgabe gestellt hat und daß sie als ein wesentliches Mittel hierzu die Errichtung von Provinzialmuseen betrachtet hat. Die Stadt hat alle Veranlassung, ihr hierbei entgegenzukommen und ihr erweiterte Räume für die Fortentwicklung der Sammlungen zu gewähren, da darüber doch kein Zweifel besteht, daß die lechteren doch vorzugsweise der Stadt und ihrer Bevölkerung zu Gute kommen. Nun räth Herr Dr. Koch, wir möchten mit dem Ausbau des Grünen Thores warten, bis ein reicher Name stirbt, der in seinem Testamente die Mittel für diesen Bau der Stadt überweise; er würde demselben seine volle Anerkennung zuwenden. Nun ich bitte den Herrn, wenigstens die Hälfte dieser Anerkennung auf die Provinzialverwaltung zu übertragen und es als eine Art von Testament anzuleben, wenn auf meine Veranlassung die Provinz der Stadt zwar nicht die ganze Bauaufgabe überlässt, ihr aber doch die Hälfte anbietet. Wenn wir diese mit Dank annehmen, so machen wir sicherlich kein schlechtes Geschäft, und wenn wir zur Deckung der anderen Hälfte die Erlöse aus den Abgaben der Grundstücke verwenden, so dürfen wir uns dieselbemal um so weniger Bedenken machen, als der Verkauf

dieser Parzellen sich ganz unerwartet ermöglicht hat und wir darauf nicht haben rechnen können. Doch m. H., ich habe Ihre Aufmerksamkeit schon so lange in Anspruch genommen; aber während ich zu Ihnen sprach, wurde es mir Bedürfnis, meine Anschauungen rücksichtlich der Architektur unserer Stadt einmal ausführlicher darzulegen und Ihnen und über Sie hinaus meinen Mitbürgern ans Herz zu legen, daß jeder an seinem Theil dahin wirken möge, daß Danzig eine Perle unter den deutschen Städten bleibe! Ich bitte Sie, m. H., halten Sie meine lange Ausführung meiner Liebe zur Stadt und auch meiner Liebe zur Wissenschaft zu gut. (Ratsschlag der Herrn Dr. Koch, daß er über das Beauftragung des Hrn. Oberbürgermeisters bezüglich seiner Person hinweggehen wolle, da dies nur eine persönliche Auffassung des Herrn v. Winter sei. Das Artikel der von Hrn. v. Winter erwähnten Zeitungsworte ihn bei der Opposition irgendwie beeinflußt hätten, weise er entschieden zurück. Er habe seit Wochen keine anderen hiesigen Blätter als die Danziger Zeitung gelesen, und der Artikel, welcher als die Danziger Zeitung gebräucht, habe seinen gegnerischen Ausführungen doch wohl nicht die Basis geboten. Dr. v. Winter erwidert hierauf, daß Dr. Koch ihm absolut misverstanden habe. Ein Wort, wie Herr Dr. Koch es ihm in den Mund lege, habe er nicht gesprochen. Er habe gefagt, es thue ihm leid, daß Herr Dr. Kochs heutige Ausführungen sich beigesetzt mit dem, was er (Dr. v. Winter) in einem beigefügten Blatte gelesen habe. Das sei doch etwas ganz Anderes, als Dr. Koch anführt. Ileber die Vorlage des Magistrats wird hierauf — einem von 10 Stadtverordneten unterstützten Antrage — durch öffentliche Namensaufzug abgestimmt. Das Resultat ist, daß sämtliche anwesende Stadtverordnete mit allerlei Ausnahmen des Hrn. Dr. Koch für die Vorlage stimmen, so daß die die Vorlage mit allen gegen eine Stimme angenommen ist.

Die Übergabe des Pachtrechts an der Parzelle Nr. 19 zu Bürgerwünschen vom Viehhändler Friederichsen Chelenken auf den Eigentümer Groß daselbst für den Rest der Pachtperiode bis 2. Febr. 1890 und für den bisherigen Pachtzins von jährlich 575 M. — ferner die Vermietung des Speichergrundstücks „Alter Seepachof“ auf 6 Jahre an Hrn. Kaufmann W. Wirthschaft für jährlich 1500 M. (bisherige Pacht 1270 M.) wird genehmigt. — Für einen Schulbau in Kölemark wird Zahlung des Bauholzwerts mit 912,68 M. als patronatlich-rechtliche Verpflichtung der Stadt — für Abriss der beiden Vorhanten Schiffsgasse 3 und 4 eine baare Beihilfe von 50 M. und kostenfreie Verlegung von Trottoir dem Eigentümer Herrn Holt bewilligt. — Die durch Aufsiedeln der Herren Bischof und Tordt aus der Stadtverordneten-Vermittlung und dem Tod mehrerer Mitglieder in den städtischen Commissionen und Deputationen entstandenen Lücken werden durch Wahl des Herrn Gelb in die Bau-Deputation, der Herren Eis und Ollendorff in die Wohnungssteuer-Deputation, der Herren Hybenthal und Kreisfinanz in die Post-Deputation, der Herren Radisch, Ollendorff und Böhlow in die Commission für Kommunalsteuer-Einschätzung der Foren und juristischen Personen, des Herren Braunschweig in die Feuerlösch- und Nachtwacht-Deputation, der Herren Biber und Dr. Dase in die Kämmerer-Deputation und des Herrn Ollendorff in die Armen-Direction I. ausgefüllt.

Es beginnt hierauf die erste Verhandlung von Special-Etats der städtischen Verwaltung pro 1886/87, deren folgende heute zur Erledigung gelangen: 1) Etat der allgemeinen Armen-Verwaltung (Referent Dr. Ollendorff). Einen nicht unerheblichen Bestandteil dieses Etats bilden die Sonder-Etats des Lazarhofs, des Arbeits- und Siechenhauses, wie der Altenstift in Pelonten. Da diese noch nicht vorliegen, wird die Feststellung der Schlusszahlen des Etats der zweiten Leflung vorbehalten. Die projectirten Einnahmen, und zwar: 1) Zinsen von Kapitalien 517,50 M., 2) aus Geschenken, Vermächtnissen u. 1066 M. 3) erlaubte Kurz-Berpflegungen, Beerdigungen u. Kosten 52 011 M., 4) Zinsen und Renten aus Stiftungen 20 357 M., 5) Ueberdruck vom Leihamt 9700 M., 6) Extraordinarien 1125 M., sowie die projectirten Ausgaben: 1) laufende Armen-Unterstützungen 119 296 M., 2) extraordinäre Unterstützungen 35 023 M., 3) Unterstüzung aus Stiftungen 15 836 M., 4) Reiseosten 600 M., 5) Befleidung 2248 M., 6) Krankenpflege 28 866 M., 7) Pflegefinder 19 189 M., 8) Zahlungen an auswärtige Armen-Verbände 10 025 M.; 9) Zahlungen an nichtstädtische Heilanstalten 7269 M.; 10) für Armenfälle und Beerdigung 2450 M.; 11) Extraordinarien 539 M., werden meistens unverändert festgestellt, nur bei den Kosten für die Krankenpflege werden die Remunerations einiger Impfärzte auf den nachträglichen Antrag des Magistrats um zusammen 180 M. erhöht. Ferner heißtelt der Hr. Stadtrath Hinz mit, daß der Magistrat vorläufig aus den Zinsen der Abegiftung die Mittel zu weiteren Versuchen mit animalischer Syphilis nach dem von Hrn. Dr. Semper in der naturforschenden Gesellschaft entworfene System bewilligt habe.

2) Der Etat für Deich- und Uferbauten (Ref. Herr Dr. Wallenberg), welcher nur Ausgaben für Materialien u. von 4206 M. enthält, wird ebenfalls unverändert angenommen.

3) Der Etat des Kinder- und Waizenhauses zu Pelonten (Ref. Hr. Glaubitz), abschließend in Einnahme und Ausgabe mit 37 820 M., wird gleichfalls unverändert genehmigt. In der Einnahme sind 14 763 M. städtischer Zuschuß, 6274 M. Zinsen von Kapitalien und 6640 M. Erträge aus der Landwirtschaft, in der Ausgabe für Befleidung der Bölinge 13 520 M., Befleidung 4030 M., Gehälter 4194 M., für entlassene Bölinge 1000 M., für die Landwirtschaft 4440 M. und zur Bezeichnung und Tilgung von Aileihen 2392 M. enthalten.

4) Etat der Armen- und Arbeitsanstalt zu Pelonten (Ref. Hr. v. Rosyntz). Der Etat schließt in Höhe von 65 000 M. ab. Zu den Einnahmen leistet die Stadt 48 814 M. Zuschuß, 5661 M. sind Zinsen von Kapitalien und 8965 M. eigene Einnahmen der Anstalt. Von den Ausgaben entfallen auf Befolzungen 5889 M., Befleidung der über 400 Pfleglinge 33 460 M., Beleidung 3000 M., Heizung und Beleuchtung 4965 M. Auch dieser Etat wird einstimmig unverändert angenommen.

In einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung beauftragte die Verfassung schließlich eine Unterstützung, erließ einen Kaufschein von ca. 240 M. und setzte zur Vorbereitung der Wahl der Einführungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer einen Ausschuss von 7 Mitgliedern ein.

* [Büdersteiner-Petition.] Der Landwirtschaftliche Verein zu Gr. Bünden hat sich ebenfalls der Befreiung um Herabsetzung der Büdersteuer und Regelung der Materie nach dem bekannten Herbers'schen Gesetzentwurf angegeschlossen. ph. Drittwahl, 26. Januar. Die bedeutende Stärke des Weizelseises oberhalb unserer Eisenbahnbrücke hat es gestattet, gestern den Wagenverkehr über den Strom freizugeben. Der Fahrweg befindet sich an der Stelle des ehemaligen Schiffbrücke und führt direkt auf die Marienburger Chaussee. Der Verkehr mit dem Werder erfährt dadurch eine wesentliche Erleichterung.

Landwirtschaftliches

* [Milchwirtschaftlicher Verein.] Die nächste Generalversammlung des „Milchwirtschaftlichen Vereins“ findet am 15. Februar d. J. im Club der Landwirthe statt. Zur Verhandlung kommt neben dem Geschäftsbüro ein Bericht über die Concurrenz von Milchtransportskanälen, welches Unternehmen am 13. u. M. durch die betreffende Zürich zum Abschluß gebracht werden wird, nachdem eine Prüfung der zur engeren Wahl gekommenen Kanäle im praktischen Betriebe in Mainz und Elmschor länger stattgefunden hat. Als seiner Punkte der Tagesordnung, auf welche wir die Aufmerksamkeit der Interessenten lenken dürfen, und welche von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, erwähnen wir: den Absatz und Handel unserer Milchprodukte im Inlande und nach auswärtigen, sowie die Preispolitik der Milch- und Milchbutter. Mit Rücksicht auf den letzten Punkt wird Bericht erstattet werden über die bisher von dem Verein in dieser Angelegenheit gehaltenen Schriften, und gleichzeitig soll über etwaige weitere Maßnahmen beraten werden. Der andere, den Handel

Die Verlobung unserer Tochter
Margarete mit dem Kaufmann Herrn
Simon Michaelis in Danzig zeigen
ergebenst an

(6579)

S. Samuel u. Frau, geb. Kraft.

Stolp, den 24. Januar 1886.

Heute Morgen entschließt
nach längeren Leiden unser
lieber treuer Freund, der
Kaufmann

William Hirschberg

in der Blüthe seines Lebens.

Durch seinen edlen Charakter
und sein liebenswürdiges Wesen
hat er sich die Herzen aller zu
gewinnen verstanden und werden
wir sein Andenken allezeit hoch
in Ehren halten.

(6581)

Danzig, 26. Januar 1886.

Waubach, Mostkiewic.

Ledermann, Heymann.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollziehung
soll das im Grundbuche von Bohn-
sack Band III, Blatt 90, auf den
Namen des Fischer Georg Gottfried
und Marie geb. Harder-heise'schen
Eheleute eingetragene, zu Bohnsack
Eigenfläche Nr. 12 belegene Grundstück
am 26. März 1886.

Vormittags 10½ Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht — an
Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42, ver-
steigert werden.

Das Grundstück hat eine Fläche
von 0,205 Hektar und ist mit 90 M.
Zugangsrecht zur Gebäudesteuer ver-
anlagt. Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grundbuch-
blatts und andere das Grundstück be-
treffende Nachweisen, sowie be-
sondere Kaufbedingungen können in
der Gerichtsschreiber VIII, Zimmer
Nr. 43, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden auf-
gefordert, die nicht von selbst auf den
Ersther übergehenden Ansprüche, deren
Vorhandensein oder Betrag aus dem
Grundbuche zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks nicht her-
voring, insbesondere derartige Vor-
derungen von Kapital, Zinsen, wieder-
kehrenden Gebungen oder Kosten,
spätestens im Versteigerungstermin vor
der Aufforderung zur Abgabe von
Geboten anzumelden und, falls der
betreibende Gläubiger widerspricht,
dem Gericht glaubhaft zu machen,
widrigensfalls dieselben bei Feststellung
des geringsten Gebots nicht berück-
sichtigt werden und bei Vertheilung
des Kaufzugs gegen die berücksichtigten
Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum
des Grundstücks beanspruchen, werden
aufgefordert, vor Schluss des Ver-
steigerungstermins die Einstellung des
Verfahrens herbeizuführen, widrigens-
falls nach erfolgtem Aufschlag das
Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch
an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung
des Aufschlags wird

am 27. März 1886,

Mittags 12 Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42,
veröffentlicht werden.

Danzig, den 18. Januar 1886.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollziehung
soll das im Grundbuche von Vorstadt
Langfuhr Band II, Blatt 32, auf den
Namen des Rentiers Michael Wegner,
welcher mit Elisabeth, geb. Wölfe in
Ehe und Gütergemeinschaft lebt, ein-
getragene, zu Langfuhr Nr. 44 be-
legene Grundstück

am 30. März 1886,

Vormittags 10½ Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht — an
Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42,
versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 25,29 M.
Reinertrag und einer Fläche von
1,426 Hektar zur Gebäudesteuer, mit
1290 M. Nutzungswert zur Gebäude-
steuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, be-
glaubigte Abschrift des Grundbuchblatts
und andere das Grundstück betreffende
Nachweisen, sowie besondere Kauf-
bedingungen können in der Gerichts-
schreiber VIII (Zimmer Nr. 43) ein-
gesehen werden.

Alle Realberechtigten werden auf-
gefordert, die nicht von selbst auf den
Ersther übergehenden Ansprüche, deren
Vorhandensein oder Betrag aus dem
Grundbuche zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks nicht her-
voring, insbesondere derartige Vor-
derungen von Kapital, Zinsen, wieder-
kehrenden Gebungen oder Kosten,
spätestens im Versteigerungstermin vor
der Aufforderung zur Abgabe von
Geboten anzumelden und, falls der
betreibende Gläubiger widerspricht,
dem Gericht glaubhaft zu machen,
widrigensfalls dieselben bei Feststellung
des geringsten Gebots nicht berück-
sichtigt werden und bei Vertheilung des
Kaufzugs gegen die berücksichtigten
Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum
des Grundstücks beanspruchen, werden
aufgefordert, vor Schluss des Ver-
steigerungstermins die Einstellung des
Verfahrens herbeizuführen, widrigens-
falls nach erfolgtem Aufschlag das
Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch
an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung
des Aufschlags wird

am 31. März 1886,

Mittags 12 Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, ver-
öffentlicht werden.

Danzig, den 19. Januar 1886.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollziehung
soll das im Grundbuche von Vorstadt
Langfuhr Band II, Blatt 32, auf den
Namen des Rentiers Michael Wegner,
welcher mit Elisabeth, geb. Wölfe in
Ehe und Gütergemeinschaft lebt, ein-
getragene, zu Langfuhr Nr. 44 be-
legene Grundstück

am 30. März 1886,

Vormittags 10½ Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht — an
Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42,
versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 25,29 M.
Reinertrag und einer Fläche von
1,426 Hektar zur Gebäudesteuer, mit
1290 M. Nutzungswert zur Gebäude-
steuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, be-
glaubigte Abschrift des Grundbuchblatts
und andere das Grundstück betreffende
Nachweisen, sowie besondere Kauf-
bedingungen können in der Gerichts-
schreiber VIII (Zimmer Nr. 43) ein-
gesehen werden.

Alle Realberechtigten werden auf-
gefordert, die nicht von selbst auf den
Ersther übergehenden Ansprüche, deren
Vorhandensein oder Betrag aus dem
Grundbuche zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks nicht her-
voring, insbesondere derartige Vor-
derungen von Kapital, Zinsen, wieder-
kehrenden Gebungen oder Kosten,
spätestens im Versteigerungstermin vor
der Aufforderung zur Abgabe von
Geboten anzumelden und, falls der
betreibende Gläubiger widerspricht,
dem Gericht glaubhaft zu machen,
widrigensfalls dieselben bei Feststellung
des geringsten Gebots nicht berück-
sichtigt werden und bei Vertheilung des
Kaufzugs gegen die berücksichtigten
Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum
des Grundstücks beanspruchen, werden
aufgefordert, vor Schluss des Ver-
steigerungstermins die Einstellung des
Verfahrens herbeizuführen, widrigens-
falls nach erfolgtem Aufschlag das
Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch
an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung
des Aufschlags wird

am 31. März 1886,

Mittags 12 Uhr,
an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, ver-
öffentlicht werden.

Danzig, den 19. Januar 1886.

Königl. Amtsgericht XI.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über
das Vermögen des Fabrikbesitzers

F. W. Mews zu Mewe ist zur
Prüfung der nachträglich angemeldeten

Forderungen Termin auf

den 26. März 1886,

Vormittags 10 Uhr,
vor dem Königlichen Amtsgerichte

hier selbst anberaumt.

Mewe, den 21. Januar 1886.

Dommer.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute
sub Nr. 971 folgender Vermerk ein-
getragen:

Das Handelsgeschäft ist mit dem
Firmenrechte durch Vertrag auf
die Kaufleute Peter Martin Wilhelm
und Friedrich Wilhelm Hermann
Hermann Nennmann in Danzig
übergegangen.

Die Firma ist noch Nr. 476 des
Gesellschaftsregisters übertragen.

Demnächst ist ebenfalls heute in
unser Gesellschaftsregister sub
Nr. 476, die aus den Kaufleuten Peter
Martin Wilhelm Voll und Friedrich
Wilhelm Hermann Nennmann in
Danzig bestehende Handelsgesellschaft
in Firma Voll & Co. mit dem Be-
merken eingetragen, daß die Gesell-
schaft am 1. Januar 1886 begonnen hat.

Danzig, den 22. Januar 1886.

Königl. Amtsgericht X.

Kölner Domkanzlei 3,50 M.,
Marienburger Geld-Lotterie 3,00 M.,
Kinderheitsschule 1,00 M.,
Ulmer Münsterkanzlei 3,50 M.

zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Violinunterricht.

Gediegener Violinunterricht ertheilt
an Anfänger wie auch an geübter
Spieler bis zur Virtuosität, wie auch
im Zusammenspiel der Sonate (Violine
und Piano) Trio u. s. w.

Friedrich Laade,
5091 Hundegasse 119.

**Sichere Rettung
aller Hals-, Brust- u.
Lungenkranken!**

Wich und laufende gebeitet.
Glänzende Erfolge auch in den
hartnäckigsten Fällen. Zur Rück-
antwort bitte Briefmarke beiz-
zulegen.

A. Freytag,
Rittergutsbesitzer, Ritter u.
in Bromberg, Prov. Posen.

Camembert - Käse, selten schön und
billig.

Ramadour - Käse,
Reinbatter - Käse,

Edamer - Käse,

Schweizerkäse, echten und deutschen,

Werderkäse, fett und sehr schön,

Limburger, echten,

Kräuterkäse, echten bairischen,

Zitier Sahnen - Käse, weich und fett,

Varzer Käse, empfiehlt

(6590)

Die Danziger Meierei.

Meine 1883 er Rheinweine
versende ich unter Garantie absolut
reinste und haltbarkeit in der
Weise, von 50 Ltr. an 2 Ltr. 45 S.
Nachnahme. Irisch Butter, Wein-
producent, Kreuznach.

382 157,63

Mewe, den 31. Dezember 1885.

Königl. Ostrowitt

bei Schönsee Westpr. (6582)

Aufbürstfarben,

seit Jahren als vorzüglich be-
währt, empfiehlt in Flas-
ce, 25 u. 50 S., wie auch ausgewogen
in Pulverform.

Albert Neumann,

Drogenhandl., Langenmarkt 3.

Maschinenfabrik, Eisen- u. Metall- Gießerei.

Lager von Hänen, Ventilen,
Kessel-Armaturen.

J. Zimmermann,

Danzig, Steinamm Nr. 7.

T r a u - ,

B a l l -

und

G e s e l l s c h a f t s -

S c h u h e

in feinsten Wiener Fabrikaten

sowie modernste

S c h u h g a u t u r u n

empfiehlt in großer, geschmack-
voller Auswahl

W. Stechern,

48, Brodhäntengasse 48.

Hasen.

Bestellungen auf frische Hasen,

a. M. 2,50, in's Haus geliefert, erbittet

Schlenther-Kleinholz

per Braut.

6531)

Eine seltene Geschäfts-Gelegenheit für Damen.

Immer ausgedehnter wird das

Netz unserer Agentinnen in der Pro-
vinz, immer zahlreicher der Kreis

unserer Schülerinnen in Berlin selbst

Angesichts dieser Thatsache laden wir

diesejenigen Damen, welche sich in einer

Provinzialstadt als Agentinnen nied-
lassen wollen (in jedem Ort wird nur

eine Agentur etabliert), ein, sich bei

Zeiten zu melden, ehe sich gute
Plätze befreit sind. Jede Agentin kann

sich brillant ernähren.

Ein Circular mit voller Be-
schreibung wird franco an jede

<p